

Haushaltsrede zum Haushalt 2025

Gemeinderatssitzung am 6. Dezember 2024

- es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, seit den Haushaltsberatungen vor einem Jahr bin ich mit der festen Gewissheit durch dieses kommunalpolitische Jahr 2024 gegangen, dass wir wahrscheinlich schon im nächsten Haushalt an einem Haushaltssicherungskonzept nicht mehr vorbeikommen werden.

Allein im nächsten Jahr nehmen wir fast 2 Millionen Euro an neuen Investitionskrediten auf. Hier muss man positiv hervorheben, dass für dieses Geld Investitionen getätigt werden, die unserer Gemeinde und ihren Einwohnerinnen und Einwohnern zugutekommen. Ich denke namentlich insbesondere an die zahlreichen notwendigen Investitionen in unsere Freiwilligen Feuerwehren sowie in unsere Grundschulen und Kitas. Aber mit Blick auf die Gesamtentwicklung unseres Schuldenstandes von mittlerweile deutlich über 30 Millionen Euro ist es ernüchternd, dass wir es auch und gerade in Haushaltsberatungen nicht schaffen, die Höhe unserer Investitionen nachhaltig auf ein Niveau zu führen, das der Leistungsfähigkeit unserer Gemeinde entspricht.

Noch deutlich schwerer wiegt unser Defizit in der laufenden Verwaltungstätigkeit von über einer Million Euro. Dass wir dieses Defizit mit Liquiditätskrediten auffangen müssen, gefährdet die Leistungsfähigkeit unserer Gemeinde.

Unsere Zinsbelastung bewegt sich in den kommenden Jahren auf die Marke von einer Million Euro zu. Ich muss daher wiederholen, was ich bereits vor zwei Jahren hier an dieser Stelle gesagt habe: Wer gegen eine sparsame Finanzpolitik argumentiert, der muss die Frage beantworten, ob diesen Zinsen, die wir Jahr für Jahr im immer stärkeren Maße zahlen müssen, der Ausbau von Straßen, eine Grundschulsanierung oder die Anschaffung eines neuen Feuerwehrfahrzeuges zum Opfer fallen soll.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, angesichts der Zahlen unseres Haushaltes wäre es noch vor wenigen Jahren unumgänglich gewesen, ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen.

Dass wir das nicht tun müssen, verdanken wir abgesehen von einer Rücklage, die uns vielleicht noch über ein weiteres Jahr hinweggerettet hätte, einem vorgezogenen Weihnachtsgeschenk aus dem niedersächsischen Innenministerium. Da heißt es in einem Schreiben der Innenministerin auszugsweise:

„Sämtliche Fehlbeträge der Haushaltsjahre 2022 bis 2025 stellen [...] Fehlbeträge als Folge des Krieges in der Ukraine dar. Sie [...] sollen [...] in einem Zeitraum von bis zu 30 Jahren gedeckt werden.“

Ich muss es einmal in dieser Deutlichkeit sagen: Was das Niedersächsische Innenministerium hier macht, das ist Politikverweigerung. Zunächst einmal ist es schlicht falsch, dass sämtliche unserer Fehlbeträge auf den Krieg in der Ukraine zurückgehen. Wer so etwas behauptet, tut so, als hätten die Kommunen bis vor drei Jahren keinerlei finanzielle Probleme gehabt. Das ist Unsinn. Zum anderen werden unsere Probleme mit einem solchen Erlass nicht gelöst, sondern nur verschoben. Den ein oder anderen Kommunalpolitiker mag es vielleicht trösten, sich ein Problem auf Wiederholung in sage und schreibe 30 Jahren zu legen und damit an die Nachfolger zu delegieren. Aber ohne hier irgendjemandem zu nahe treten zu wollen: In 30 Jahren bin ich 56, so die Wählerinnen und Wähler es wollen werde ich da immer noch Kommunalpolitik machen. Und ich habe die Befürchtung, dass uns das Aufschieben unseres Schuldenproblems am Ende wesentlich teurer zu stehen kommt, als wenn wir es jetzt entschlossen angehen. Nach Meinung unserer Fraktion wäre es daher tatsächlich sinnvoll, mit der Aufstellung eines in wenigen Jahren ohnehin unabdingbaren Haushalts-sicherungskonzepts nicht länger zu warten. Wir sollten uns jetzt endlich auf den Weg machen, unsere Finanzen in den Griff zu bekommen.

Was wäre dazu notwendig? Angesichts unseres Defizits in der laufenden Verwaltungstätigkeit müssen wir die Abläufe im Rathaus effizienter machen und Bürokratie auf den Prüfstand stellen.

Wir haben in den letzten Wochen z.B. in mehreren Fällen ein Planungsbüro damit beauftragen müssen, die Änderung eines Bebauungsplans zu entwerfen, nur weil ein Hauseigentümer nachträglich seine Terrasse erweitern bzw. einen Balkon anbauen will. Und auf meine kritische Nachfrage im Ortsrat Lenglern, die übrigens von den Kolleginnen und Kollegen über alle Parteigrenzen geteilt wurde, ob man für so eine Kleinigkeit wirklich ein Planungsbüro beauftragen muss, heißt es dann, die fachtechnische Einschätzung eines Stadtplaners sei unerlässlich.

Im Finanzausschuss haben die Grünen am diesjährigen Haushalt kritisiert, dass zu wenig Geld in Photovoltaik investiert würde. Das wesentliche Problem ist aber nicht, dass die öffentliche Hand zu wenig Geld in Photovoltaik investieren würde. Das Problem ist, dass private Investoren gerne Freiflächen-Photovoltaikanlagen bauen würden, aber darauf warten müssen, dass ein Arbeitskreis aus 11 Kommunen des Landkreises Göttingen einen Kriterienkatalog erarbeitet, dessen angekündigte Fertigstellung jetzt schon seit eineinhalb Jahren in Verzug ist.

In Zeiten eines derart angespannten Haushaltes müssen wir auch über Prioritäten und Effizienzsteigerungen in der Verwaltung sprechen. Ich habe Verständnis dafür, wenn unsere Verwaltung den grassierenden Fachkräftemangel beklagt. Wofür ich aber kein Verständnis habe ist, wenn die knappen Personalressourcen dann verwendet werden, um Dokumente auszudrucken, wieder einzuscannen und erst dann im digitalen Ratsinformationssystem hochzuladen. Solche Praktiken müssen endlich der Vergangenheit angehören.

Der Kämmerer hat in seiner Haushaltsrede vor vier Wochen davon gesprochen, dass wir im Flecken Bovenden kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem haben. Ich finde, dafür dass wir kein Einnahmenproblem haben, ist an genau diesen Einnahmen in diesem Jahr ganz schön geschraubt worden.

Bei der Vergnügungssteuer kann man eine Erhöhung vielleicht noch vertreten, auch wenn ich eben bereits beim entsprechenden Tagesordnungspunkt ausgeführt habe, warum ich die dafür vorgelegte Begründung nicht überzeugend finde.

Die Stadt Göttingen will ihre Einnahmesituation z.B. auch verbessern, indem sie einen neuen Blitzer aufstellt. Wir in Bovenden sollten in dieser Hinsicht kommunikativer vorgehen. Ich greife daher gerne den Vorschlag des Bovender Ortsratsmitglieds Hans-Jürgen Lang auf, in Bezug auf die neuen Parkzeitbegrenzungen am Südring nicht sofort mit Bußgeldern zu arbeiten, sondern zunächst einmal auf Verwarnungen zu setzen.

Ein weiterer Kostenpunkt für die Bürgerinnen und Bürger, der in diesem Jahr ziemlich satt erhöht worden ist, das sind die Krippenbeiträge. Und das ist gegen die Gegenrede unserer Fraktion in einer Weise passiert, die insbesondere Familien mit zwei berufstätigen Elternteilen über Gebühr belastet. Und um das klar zu sagen: Wenn sich meine Fraktionskollegin Constanze

Kohn nach dem Jugendausschuss von einem sozialdemokratischen Ausschusskollegen sagen lassen muss, dann müsse eben ein Elternteil zu Hause bleiben und die Kinder hüten, dann ist das ein sozialpolitischer Offenbarungseid.

Wir haben kein Einnahmen-, wir haben ein Ausgabenproblem. Und ja, dieser Erkenntnis muss auch eine kritische Betrachtung unserer Personalpolitik folgen. Gegen die Stimmen unserer Fraktion hat es in diesem Jahr eine Entfristung der Stelle der Klimaschutzmanagerin gegeben. Nach den Entwicklungen der letzten Monate bleiben wir bei dem, was wir schon im März hier im Gemeinderat vertreten haben: Effiziente Klimaschutzpolitik auf allen staatlichen Ebenen ist zwingend notwendig, aber sie wird dadurch, dass sich jede Gemeinde des Landkreises eigene Klimaschutzmanagerstellen leistet, gerade nicht gewährleistet. Ich war im Mai bei der Informationsveranstaltung zum Klimaschutzkonzept im Bürgerhaus. Die Veranstaltung war leider sehr dürftig mit insgesamt nur 13 Zuhörerinnen und Zuhörern besucht und abgesehen von einer Kollegin der Grünen habe ich auch aus unserem Kreis niemanden dort gesehen. Das Konkreteste, was ich an diesem Abend gehört habe, war tatsächlich die von mir hier noch im März zugegebenermaßen etwas ironisch hervorgehobene Förderung von Flohmärkten. Das ist wahrlich keine effiziente Klimapolitik.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, trotz dieser Kritikpunkte, die ich am diesjährigen Haushalt vorzubringen habe, möchte ich mich bei Ihnen und euch für die kommunalpolitische Zusammenarbeit in diesem Jahr, nicht nur während der Haushaltsberatungen, bedanken. Mein Dank gilt auch der gesamten Verwaltung, in diesem Fall im Besonderen der Kämmerei, die uns in Zeiten angespannter kommunaler Finanzen und angesichts zusätzlicher Herausforderungen wie der Grundsteuerreform den Haushalt erarbeitet hat.

Letztes Jahr habe ich an dieser Stelle, insbesondere an die Adresse der Grünen gesagt, dass eine Ablehnung des Haushalts das letzte Mittel sein sollte und dass sie gut begründet werden muss. Und dabei bleibt es auch. Aber daraus folgt im Umkehrschluss eben auch, dass es Haushaltsjahre gibt, in denen dieses Mittel gezogen werden muss. Aus den von mir soeben vorgetragenen Gründen kann und wird die FDP-Fraktion diesem Haushalt nicht zustimmen.

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass Stellen in unserem Rathaus allein nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung vergeben werden sollten.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Jan Risting

Fraktionsvorsitzender der FDP-Fraktion im Gemeinderat Bovenden